

## **Jahres-Pressekonferenz**

Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE)

2. Juli 2008, Berlin

### **Statement von HDE-Präsident Josef Sanktjohanser**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der deutsche Einzelhandel steht an der Spitze in Europa. Unsere Unternehmen expandieren mit ihren verschiedenen Vertriebsformaten sehr erfolgreich auf den Märkten unserer europäischen Nachbarländer. Im internationalen Wettbewerb zeigt sich die große Leistungsfähigkeit unserer Handelsunternehmen. Von dem im europäischen Vergleich hohen Qualitätsniveau und den günstigen Preisen profitieren die deutschen Konsumenten seit Jahrzehnten. Hieran ändern auch die aktuell gestiegenen Lebensmittelpreise nichts. Darauf werde ich gleich noch näher eingehen.

Beachtlich sind auch der hohe Beschäftigungsstand und die Verantwortung des Handels für die Ausbildung junger Menschen. Die Ausbildungsquote des Einzelhandels liegt bei 7,6 Prozent und damit deutlich höher als der Durchschnitt der gesamten Wirtschaft (6,5 Prozent). Der beliebteste Ausbildungsberuf sind die Kaufleute im Einzelhandel. Unter den zehn größten Ausbildungsunternehmen sind drei Einzelhandelsunternehmen. Ich bin überzeugt, dass der Einzelhandel auch in diesem Jahr sein Ausbildungsengagement leicht steigern kann.

Trotz realem Umsatzrückgang im letzten und laufenden Jahr verzeichnet unsere Branche eine leichte Beschäftigungssteigerung und setzt so ein positives Zeichen für die Attraktivität des Handels als Arbeitgeber.

#### **Konjunktur**

Eine gute Stimmung ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute Konjunktur. Die deutsche Wirtschaft läuft insgesamt seit Jahresbeginn kräftiger als erwartet. Die Konjunkturforscher haben die Wachstumsraten deshalb auf mehr als zwei Prozent nach oben korrigiert. Das positive Bild gilt jedoch nicht für den klassischen Einzelhandel.

Das Konsumverhalten, im vergangenen Jahr schon unbefriedigend, hat sich schwächer als erhofft belebt. Die Verbraucher halten sich weiterhin zurück. Die Sparquote steigt stetig auf zuletzt 14,8 Prozent (1. Quartal 2008). Das Sparvolumen liegt um 3,3 Milliarden Euro höher als im vergangenen Jahr.

Die Konsumenten haben aus dem gewachsenen Einkommensspielraum wenig im klassischen Einzelhandel ausgegeben. In Sparten, die nicht zum klassischen Einzelhandel gehören, haben die Konsumenten dagegen mehr ausgegeben. Dazu gehören der Kfz-Handel, der Handel mit Brennstoffen und Apotheken.

## **Bilanz erstes Halbjahr**

Im traditionellen Einzelhandel liegt die Entwicklung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bei plus 1,5 Prozent. Preisbereinigt, also real, wird das Vorjahresniveau um 0,8 Prozent unterschritten. An diesen Werten werden auch die Junizahlen, die erst in vier Wochen veröffentlicht werden, kaum etwas ändern.

Leicht gedämpft fällt die Bilanz des ersten Halbjahres aus: Ein nominaler Umsatzanstieg von 1,5 Prozent und ein realer Umsatzrückgang von bis zu einem Prozent liegen unter unseren Erwartungen.

## **Preisentwicklung**

Die Verbraucher sind von dem Bewusstsein geprägt, dass der Aufschwung sie nicht erreicht hat. Sie treffen Zukunftsvorsorge und geben weniger Geld für Konsum aus. Eine große zusätzliche Sorge bereitet den Bürgern die Angst vor der Inflation. Dieses Phänomen hat seine Wurzeln in der Hyperinflation der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und in den zeitweiligen, aufgestauten Inflationstendenzen nach dem zweiten Weltkrieg. Daher werden Preissteigerungen in Deutschland besonders argwöhnisch registriert.

Die Inflationsängste werden aktuell von Rekordpreisen für Öl und Gas getrieben. Mehr als zwei Drittel der Deutschen fürchten, dass sich ihre finanzielle Situation in den nächsten Monaten trotz Lohn- und Gehaltserhöhungen verschlechtern wird. Heizkostenabrechnungen und der Blick auf die Zapfsäulen sind die Hauptursachen. Viele Bundesbürger schränken daher ihren Konsum ein, verbrauchen weniger Energie und sparen Sprit. Beim Lebensmittel-Einkauf erreicht die Discountwelle nach wie vor ein hohes Niveau. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Nachfrage nach mehr Qualität, Bio- und Fair Trade-Produkten steigt. Alles natürlich mit einem Höchstmaß an Produktsicherheit.

Der Anstieg der Verbraucherausgaben ist niedriger als der Anstieg der Einzelhandelspreise. Das heißt, die Verbraucher geben trotz der deutlichen Preissteigerungen kaum mehr Geld im Handel aus. Ihr Einsparpotenzial sehen sie vor allem bei den Gütern des mittel- und langfristigen Bedarfs.

Eine ähnliche Entwicklung haben wir in den 70er und 80er Jahren und auch um die Jahrtausendwende schon einmal so erlebt. Was für Energie und Nahrungsmittel mehr ausgegeben werden muss, fehlt an anderer Stelle. Erschwert wird diese Lage auch dadurch, dass die Verbraucher die Inflation als viel stärker empfinden als sie tatsächlich ist. Ihre Wahrnehmung orientiert sich an den Gütern des täglichen Bedarfs, also an Produkten, die sie häufig einkaufen. Milch gehört dazu, aber auch Brot, Butter, die Tageszeitung und Benzin. Seit der Euro-Einführung kennen wir dieses Phänomen unter dem Begriff der „gefühlten Inflation“. Wir wissen, dass die Kaufzurückhaltung steigt, wenn die wahrgenomme-

ne Preissteigerungsrate hoch ist. Gegenwärtig liegt der Index der gefühlten Inflation bei fast zwölf Prozent. Dies ist keine günstige Voraussetzung für den Einzelhandel. Das belegt auch das aktuell schwache GfK-Konsumklima (4,7 Index-Punkte). Die für den Einzelhandel relevante Anschaffungsneigung verlor im Juni nach deutlichen Verlusten im Mai nochmals leicht.

Im Unterschied zur gefühlten Inflation verwendet die amtliche Preisstatistik als Bezugsgröße die Summe der Verbraucherausgaben der privaten Haushalte beziehungsweise der Einzelhandelsumsätze. Danach haben sich die Verbraucherpreise insgesamt in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent erhöht, im Juni voraussichtlich um 3,3 Prozent. Die Steigerung der Einzelhandelspreise lag von Januar bis Mai mit 2,9 Prozent nur leicht darüber. Im ersten Halbjahr wird der Anstieg der Einzelhandelspreise auf dem Niveau der Inflationsrate (= Anstieg aller Verbraucherpreise) liegen. Und das bei einer Steigerung der Großhandels-Preise von 6,9 Prozent (Januar bis Mai). Das zeigt die Leistungsfähigkeit und den funktionierenden Wettbewerb im Einzelhandel.

Den größten Anteil am Preisanstieg haben dabei die Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke. Sie verteuerten sich im bisherigen Jahresverlauf um 7,5 Prozent. Ihr Anteil an den Verbraucherpreisen liegt bei 10,3 Prozent. Frische Vollmilch und H-Milch sind nur mit 0,25 Prozent an den Verbraucherausgaben beteiligt.

Aufgrund der wettbewerbsbedingt geringen Margen ist der Lebensmittelhandel gezwungen, die teilweise extrem gestiegenen Rohstoff- und Einkaufspreise an die Kunden weiterzugeben. Die Preiserhöhungen kommen ausschließlich den Produzenten und nicht dem Handel zugute.

Die Preise für Non-Food-Artikel weisen dagegen eine hohe Preisstabilität auf. Für Bekleidung etwa blieben sie zum Vorjahr unverändert, für elektronische Erzeugnisse gingen die Preise sogar um 3,1 Prozent zurück.

## **Umsatzprognose**

Bei unseren Annahmen für das laufende Jahr waren wir im Spätherbst 2007 davon ausgegangen, dass sich der Ölpreis zunächst stabilisiert und im weiteren Jahresverlauf leicht zurückgeht. Dies hätte der Entwicklung der fundamentalen Marktdaten entsprochen. Stattdessen ist er kräftig weiter gestiegen. Der Ölpreis ist vermehrt den Spekulations- und Finanzmärkten ausgesetzt und erschwert damit zusätzlich plausible Vorhersagen über die Preisentwicklung. Auch bei Lebensmittel-Rohstoffen spielen neben den klassischen Termingeschäften Finanzderivate eine immer größere Rolle. Die Folge: Die Preise werden auch dort immer volatil.

Es besteht begründete Hoffnung, dass sich auf diesem sensiblen Markt für Nahrungsmittel rasch wieder Korrekturen einstellen. Bei Milch und Milchprodukten erleben wir dies aktuell. Die Märkte funktionieren und wir als Handel fordern weitgehend freien Warenverkehr. Regulierte Märkte führen, wie das Milch-Beispiel zeigt, immer wieder zu erheblichen Verwerfungen.

Da bei den Grundnahrungsmitteln weltweit gute Ernten angekündigt sind, gehe ich davon aus, dass die starken Preissteigerungen bei Lebensmitteln in der zweiten Jahreshälfte eher abklingen. Mittel- und langfristige Prognosen gehen jedoch aufgrund der weltweiten Klimaveränderungen und steigender weltweiter Nachfrage von einem weiter volatilen wie ansteigenden Preistrend aus.

Das Konsumumfeld hat sich schwächer entwickelt als erwartet. Darum halten wir es für angebracht, unsere Jahresprognose leicht nach unten zu korrigieren. Die ursprünglich prognostizierte Rate von nominal plus zwei Prozent können wir nur dann erreichen, wenn sich das Konsumklima deutlich aufhellt.

Das ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Unsere neue Zielgröße für 2008 liegt deshalb nominal bei plus 1,5 Prozent. Inflationsbereinigt bedeutet dies ein Minus von etwa einem Prozent.

### **Mehr Netto/Kalte Progression**

Ohne eine Kräftigung des privaten Verbrauchs wird sich die Richtung der Konjunktur sehr schnell drehen. Mit einer Rezession im Rücken fällt auch der Wahlkampf schwer. Kauf-freudiger werden die Verbraucher aber nur, wenn sie über mehr Geld als heute verfügen können. „Mehr Netto vom Brutto“ ist die berechnete Devise der Wirtschaft.

Deshalb mein Vorschlag: Lassen Sie uns den Steuerzahlern durch die Anhebung der Einkommensgrenzen beim Steuertarif zumindest zurückgeben, was der Staat ihnen durch die kalte Progression raubt. Es bliebe mehr Netto vom Brutto übrig. Damit würden vor allem die Bezieher von mittleren Einkommen entlastet, die einen besonders hohen Teil ihres Verdienstes im Einzelhandel ausgeben.

Es geht nicht an, dass die Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungen Jahr für Jahr steigt, die Einkommensgrenzen im Steuerrecht aber unverändert bleiben.

Die kalte Progression bringt zusätzliche Steuereinnahmen von im Schnitt sieben Milliarden Euro im Jahr. Die Deutschen lassen knapp 30 Prozent ihres Einkommens im Einzelhandel. Würden also diese zusätzlichen Steuereinnahmen den Verbrauchern vollständig zurückgegeben, könnte dies dem Einzelhandel ein Plus von rund zwei Milliarden Euro beschaffen. Dieser halbe Prozentpunkt mehr Umsatz könnte dem Handel zum höchsten Wachstum seit Jahren verhelfen. Das wäre ein wichtiger Impuls für die Konjunktur.

### **Tarifverhandlungen im Einzelhandel**

In der Tarifrunde im Einzelhandel bemüht sich die Arbeitgeberseite auch nach 18 Monaten immer noch um einen Flächentarifvertragsabschluss. Jetzt sind wir in einer spannenden und entscheidenden Phase. In den nächsten Tagen wird sich ergeben, ob wir bald einen Abschluss erreichen.

Zentrales Thema der Verhandlungen ist die Anpassung der Zuschlagsregelungen, die nach der gesetzlichen Neuregelung der Ladenöffnungszeiten notwendig geworden ist. Wir werden dabei in den Tarifverhandlungen mit zwei Verdi-Positionen konfrontiert, die uns eine Einigung erschweren.

Zum einen stellen wir fest, dass Verdi-Verantwortliche in einzelnen Regionen offen eine Abkehr vom Flächentarifvertrag betreiben. Hier wird in die Gewerkschaftsorganisation hinein dafür geworben, im Einzelhandel aus den Flächentarifverhandlungen auszusteigen und sich auf den Abschluss von Firmentarifverträgen mit einigen Großunternehmen des Handels zu beschränken. Es ist bedauerlich, dass hier offensichtlich die Debatte über die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne erste Früchte getragen hat. Einzelne Gewerkschafter streben eine Arbeitsteilung mit der Politik an, nach der der Staat für die Festlegung ge-

gesetzlicher Mindestlöhne verantwortlich sein soll und man sich dann in einzelnen Firmentarifverhandlungen darauf beschränkt, zusätzliche Verbesserungen zu erzielen.

Angesichts der Klage einzelner Gewerkschaften über die Erosion des Flächentarifvertragssystems fordern wir daher den Verdi-Vorstand auf, durch konstruktive Verhandlungen ein klares Bekenntnis für den Flächentarifvertrag abzugeben und die internen Debatten über einen Ausstieg aus dem Flächentarifvertragssystem endgültig und offen zu beenden.

Zum anderen ist es problematisch, dass Gewerkschaftsvertreter die bisherigen, teilweise aus den 50er Jahren stammenden Regelungen über die Zuschläge als eine Möglichkeit sehen, faktisch die Nutzung der längeren Ladenöffnungszeiten durch den Einzelhandel zu unterbinden. Der Nachtzuschlag beispielsweise, der bereits ab 20 Uhr zu zahlen ist, beträgt 50 Prozent und lässt im personalintensiven Einzelhandel eine wirtschaftliche Nutzung nur sehr eingeschränkt zu.

Viele Unternehmen behelfen sich derzeit dadurch, dass sie einzelne Servicebereiche – wie etwa Käse- und Fleischtheken, Obst- und Gemüseabteilungen – in den Abendstunden entweder nicht mehr besetzen oder Fremdpersonal beschäftigen. Auch nehmen viele Unternehmen dies zum Anlass, aus der Tarifbindung auszusteigen und sich mit ihren Belegschaften auf neue, angemessene Zuschlagsregelungen zu verständigen.

Die bestehenden tariflichen Zuschläge verhindern so derzeit massiv den Aufbau von Arbeitsplätzen im Einzelhandel und gefährden dadurch auch die Akzeptanz des Flächentarifvertrages. Trotz realer Umsatzverluste stellten die Einzelhandelsunternehmen 2007 wieder mehr Mitarbeiter ein. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes nahm die Zahl der im klassischen Einzelhandel Beschäftigten um 0,4 Prozent auf insgesamt rund 2,714 Millionen zu. In diesem Jahr wird sich der leichte Beschäftigungsaufbau tendenziell fortsetzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine aktuelle McKinsey-Studie. Sie geht davon aus, dass das Arbeitsplatzpotenzial im Handel noch bei weitem nicht ausgeschöpft ist, aber hohe Zeitzuschläge den Aufbau von Serviceleistungen und Arbeitsplätzen im Einzelhandel behindern. Andernfalls wäre ein Anstieg der Beschäftigung im Einzelhandel um zwei bis drei Prozent innerhalb von fünf Jahren auch nach unserer Einschätzung durchaus möglich.

Die Tarifparteien sind gut beraten, wenn sie den Tarifvertrag als das Instrument ansehen, um erstens eine angemessene Mindestvergütung für die Mitarbeiter der Branche festzulegen und zweitens den Unternehmen den notwendigen Freiraum zu geben, durch veränderte Zuschlagsregelungen neue Arbeitsplätze zu schaffen. In diesem Sinne treten die Arbeitgeber geschlossen dafür ein, möglichst bald einen erfolgreichen Tarifabschluss für den Einzelhandel zu erzielen.

## **Mindestlohn**

Eine Meldung im aktuellen Spiegel über die Bezahlung der Mitarbeiter im Einzelhandel erweckt einen falschen Eindruck. Fakt ist hingegen, dass der Durchschnittslohn eines sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten bei über 2.400 Euro liegt (Quelle: Destatis). Außerdem sind weit über zwei Drittel der Mitarbeiter in Einzelhandelsunternehmen beschäftigt, bei denen unmittelbar oder mittelbar über den Arbeitsvertrag der Tarifvertrag Anwendung findet. Auch ein Minijob ist nicht mit Niedriglohn gleichzusetzen. Die 900.000 Minijobber im Handel sorgen dafür, dass die Kunden auch in Spitzenzeiten nicht lange warten müssen. Der Verdienst von 400 Euro im Monat ergibt sich nicht durch einen niedri-

geren Stundenlohn, sondern durch eine geringere Stundenzahl. Im Übrigen ist der Minijob immer ein Zuverdienst. Niemand lebt davon. Spiegelleser sollten mehr wissen.

Mit Sorge sehen wir die auf dem Tisch liegenden Vorschläge der Großen Koalition für die Einführung von Mindestlöhnen. Ausgangspunkt war die Klage darüber, dass angeblich die Zahl der von Tarifverträgen erfassten Arbeitsverträge abnehme und daher staatliche Mindestarbeitsbedingungen das Vakuum füllen sollen.

Im Mindestarbeitsbedingungen- und im Entsendegesetz ist die Abschaffung des Tarifvorbehalts und des Grundsatzes des Vorrangs spezieller Tarifverträge vorgesehen. Die wirtschaftlichen Konsequenzen von Tarifabschlüssen für die Unternehmen werden damit zukünftig nicht kalkulierbar sein. Die aktuellen Gesetzesentwürfe führen zum Prinzip der gesetzlich administrierten „Rosinenpickerei“. Jeder Tarifträgerverband, der unter die Reglementierung des neuen Gesetzes fällt, wird das Wagnis vermeiden, Tarifverträge für seine Mitglieder abzuschließen. Am Ende eines solchen Prozesses stehen daher nicht mehr tarifgebundene Arbeitsverhältnisse, sondern weniger. Es verwundert nicht, dass die Befürworter gesetzlicher Mindestlöhne die Staaten als Musterbeispiele nennen, in denen Flächentarifverträge und Tarifautonomie faktisch keine Rolle spielen.

Wird der Tarifvorbehalt in der anstehenden Gesetzgebung über Bord geworfen, kann der Staat nicht nur die Lohnnebenkosten gesetzlich festlegen, sondern für nahezu alle Branchen detailliert, regional sowie nach Art der Tätigkeit und Qualifikation differenziert Preise für Arbeit anordnen.

Der Einzelhandel, der sich derzeit massiver politischer Einflussnahme auf die Preisgestaltung einiger Produkte ausgesetzt sieht – gestern die Mehrwertsteuererhöhung, heute der Milchpreis, morgen vielleicht der Brotpreis und übermorgen der Mindestlohn im Einzelhandel -, wäre dann von der staatlichen Planwirtschaft in wesentlichen Teilen erfasst.

Der Handel wird sich gegen den Versuch eines schleichenden Systemwechsels von Marktwirtschaft zu immer mehr staatlicher Lenkung nach Kräften zur Wehr setzen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ohne Wenn und Aber am Vorrang der Tarifverträge festzuhalten.

Im Zusammenhang mit der Mindestlohndebatte ist zu bemerken, dass selbst nicht-tarifgebundene Arbeitnehmer in nicht tarifgebundenen Unternehmen bereits durch die vorhandene Gesetzgebung effektiv vor einer Bezahlung weit unter dem ortsüblichen beziehungsweise tariflichen Niveau geschützt werden.

So haben gerade erst verschiedene Gerichte in Einzelfällen Unternehmen auf der Basis der bereits vorhandenen Gesetzgebung und gefestigter Rechtsprechung dazu verurteilt, sich an der tariflichen Bezahlung zu orientieren. Wie wir meinen zu Recht. Denn die untere Bandbreite der Tarifgruppen liegt im Einzelhandel je nach Region und Unternehmensgröße zwischen 6,37 Euro für einen Schüler in Kleinbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern und 9,18 Euro für eine Vollzeitverkäuferin in Baden-Württemberg.

Bevor daher nun wieder vorschnell nach neuen Gesetzen gerufen wird, sollten erst einmal die vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden. Dann wird man feststellen, dass es keine Gesetzesdefizite, sondern Vollzugsdefizite gibt.

Um es nochmals klar zu betonen: Der Handel ist gegen gesetzlichen Mindestlohn und staatliche Intervention aber für faire und leistungsgerechte Entgelte auf Grundlage von

zwischen den Tarifpartnern ausgehandelten Basisentgelten. Die Mindestlohndebatte wird schließlich enttarnt, als das was sie eigentlich ist: Ein wahltaktisches Manöver, das mit dem Ziel geführt wird, staatliche Bestimmung über Löhne zu erreichen.

Die Mindestlohndebatte verdeckt auch den großen Fortschritt auf dem Arbeitsmarkt, der durch die Agenda 2010 erzielt werden konnte: Seit 2006 sind 1,6 Millionen neue Jobs entstanden. Mindestens ebenso viele wären durch staatliche Mindestlöhne akut gefährdet. Der bemerkenswerte Erfolg der zurückliegenden Reformen würde vollständig zunichte gemacht. Es ist müßig zu streiten, ob die boomende Konjunktur Ergebnis der Agenda 2010 oder Folge der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist. Das Resultat ist in jedem Falle beeindruckend und der Beweis für den richtigen Weg, den Politik und Wirtschaft gemeinsam eingeschlagen haben.